



Medienkonferenz Massnahmenpaket in der Sozialhilfe von Dienstag, 3. November 2009

REFERAT VON EDITH OLIBET, DIREKTORIN FÜR BILDUNG, SOZIALES UND SPORT

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Medienvertreterinnen,
Sehr geehrte Medienvertreter

Wir haben Sie letztmals am 28. Mai 2009 über den Stand der Umsetzung der 132 Massnahmen und Empfehlungen für die Sozialhilfe orientiert. Heute zeigen wir Ihnen, wie sich die Folgen der Wirtschaftskrise in der Sozialhilfe bemerkbar machen, wo wir bei der Umsetzung der Massnahmen heute stehen und was wir vor lauter Massnahmen nicht ausser Acht lassen dürfen.

An der letzten Medienorientierung haben wir darauf hingewiesen, dass wir mit den verschiedenen Massnahmen das **Vertrauen in die Sozialhilfe stärken** wollen. Dieses Ziel hat nach wie vor seine Gültigkeit.

Wir wollen das Vertrauen in die Sozialhilfe stärken:

1. Indem wir den **Zugang zur Sozialhilfe** und die **gute Beratung, Betreuung und Förderung** der Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügern sicherstellen. Für jene Menschen, die einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe haben. Sie dürfen nicht stigmatisiert werden oder unter dem Druck, unter welchem unsere Mitarbeiterinnen stehen, leiden.
2. Durch die professionelle Arbeit der Mitarbeitenden des Sozialdienstes. Viele der 132 Massnahmen und Empfehlungen zielen darauf ab, die Fehlerquellen auszuschalten und die Kontrollmechanismen auszubauen. Damit erhöhen wir die **Qualität der Arbeit**.

3. Durch regelmässige **Information und Transparenz**. In diesen Bereichen sind wir in den letzten Wochen und Monaten entscheidend vorangekommen und können Ihnen heute
- den vollständig **neuen Internetauftritt** für die Sozialhilfe vorstellen
 - einen **Sozialreport** präsentieren, welcher auf leicht verständliche Weise die Sozialhilfe erklärt und
 - ein Dokument mit aktuellen **Zahlen** zur Sozialhilfe vorlegen.

Ich beginne mit dem 3. Punkt „Information und Transparenz“ und werde – anhand des Reports – aufzeigen, wie es in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 ausgesehen hat und wie sich die höhere Arbeitslosigkeit in der Sozialhilfe niederschlägt:

Die Sozialhilfe ist eng mit der Konjunktur verknüpft. Das ist eine Binsenwahrheit. Höhere Arbeitslosigkeit führt mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung zu einer Zunahme der bedürftigen Personen und damit zu steigenden Aufwendungen der Sozialhilfe. Vorläufig greifen die vorgelagerten sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die Arbeitslosenversicherung, noch. Die Zahl der Neuanmeldungen zur Sozialhilfe ist deshalb noch nicht markant angestiegen. Das sehen Sie in der Grafik 1 des Sozialhilfereports, welcher in Ihren Unterlagen ist.

Markant verschlechtert hat sich aber die Quote derjenigen Personen, welche von der Sozialhilfe durch den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt abgelöst werden können. In den ersten neuen Monaten des laufenden Jahres konnten nur noch 33,4% der Unterstützten wegen Aufnahme einer Erwerbstätigkeit abgelöst werden. Im Vorjahr waren es noch 45,5%.

Ein eindrücklicher Beweis dafür, dass die schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt einmal mehr insbesondere für die Sozialhilfebezüglerinnen und Sozialhilfebezügler eine besonders hohe Hürde darstellt. Auf einem Schleudersitz sitzen auch jene, die in prekären Arbeitsverhältnissen sind. Wir rechnen damit, dass der Trend, den wir feststellen, anhält und die Zahl der Neueintritte in die Sozialhilfe wegen der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung gegen Mitte 2010 deutlich zunehmen wird. Sollte diese Entwicklungen eintreten, wird dies im nächsten Jahr zu deutlich höheren Aufwendungen für die Sozialhilfe führen. Die

Zeche der durch die Finanzkrise ausgelösten Wirtschaftskrise wird einmal mehr die Sozialhilfe bezahlen müssen, das unterste und letzte Netz in unserem Sozialversicherungssystem. Sie wird auch die Mitarbeitenden der Sozialdienste vor eine harte Bewährungsprobe in einem schwierigen politischen Umfeld stellen.

Wenn Sie Grafik 3 des Sozialhilfereports ansehen, dann fragen Sie sich vielleicht, ist die **Sozialhilfe zu restriktiv?** Sie sehen in dieser Grafik, dass nur eine Minderheit der Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller auch tatsächlich unterstützt wird. Von 1994 Anträgen wurden in den ersten neun Monaten 2009 vom Sozialdienst lediglich 738 gutgeheissen. Das entspricht einer Aufnahmequote von 37%.

Die Schwelle zur Sozialhilfe ist – entgegen einer weit verbreiteten Meinung – hoch. Wir werden diese Entwicklung gut im Auge behalten und immer wieder kritisch analysieren, um zu verhindern, dass der Dauerdruck, der auf der Sozialhilfe lastet, nicht dazu führt, dass die Wahrnehmung des Rechts auf Sozialhilfe eingeschränkt wird oder Armutsbetroffene den Gang auf die Sozialhilfe erst gar nicht mehr wagen.

Im vorliegenden Report machen wir Aussagen zum **ungerechtfertigten Bezug von Sozialhilfe** in der Stadt Bern. Lassen Sie mich aber vorweg klarstellen: Sie finden in den Unterlagen keine „Missbrauchsquote“. Für den Nachweis einer solchen Quote fehlen verlässliche Daten und sie kann – die Regierungsstatthalterin hat das in ihrem Bericht ausführlich dargelegt – nicht einfach statistisch berechnet werden. Wir können aber ausweisen, welche Fälle von Fehlverhalten wir – die Sozialarbeitenden, das Sozialinspektorat und -revisorat – mit unseren mittlerweile gut ausgebauten Kontrollsystemen in den ersten neun Monaten 2009 festgestellt haben. 28 Mal wurde im laufenden Jahr aufgedeckt, dass Sozialhilfe mit falschen oder unvollständigen Angaben erwirkt wurde. In diesen Fällen wurde den Strafjustizbehörden ein Schaden von Fr. 480'000 angezeigt. Setzt man diesen Betrag in Relation zu den gesamten Ausgaben der Sozialhilfe, kommt man auf einen Anteil von 0,75%. Weil die Anzeigen nicht in jedem Fall auch zu Verurteilungen führen, ist die effektive Schadenssumme nicht identisch mit dem angezeigten Deliktsbetrag.

Betrachten wir die **Gründe für den Sozialhilfebezug**, für die 738 Fälle, bei denen ein Dossier von Januar bis September eröffnet wurde: An der Spitze mit

35% steht zu wenig Lohn. Das heisst, dass hier eine Teilunterstützung nötig ist. Bei 31% der Fälle ist die Arbeitslosigkeit Auslöser. Mit 15% folgt die Überbrückung, Bevorschussung. Die Sozialhilfe muss immer wieder vorübergehend in die Bresche springen unter anderem, weil die ALV noch nicht zahlt. Hier brauchen und wollen wir eine Veränderung. Wir könnten die Sozialarbeiterinnen und -arbeiter wirkungsvoll entlasten und den betroffenen Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügern den Gang zur Sozialhilfe ersparen, wenn die ALV die Bevorschussung selber leisten würde.

Damit komme ich zum zweiten Punkt zum Umsetzungsstand des Massnahmenpaketes, zur Qualität.

Die Übersichtstabelle in Ihren Unterlagen zeigt den aktuellen Stand und dass wir **weiterhin auf Kurs** sind. Neu haben wir die bisherige Kategorie der „erledigten Massnahmen“ in die nachfolgend aufgeführten vier Unterkategorien unterteilt. Damit tragen wir der an der früheren Darstellung geübten Kritik Rechnung. Neu wird unterschieden in:

- Massnahmen und Empfehlungen, welche vollständig umgesetzt wurden (umgesetzte Massnahmen und Empfehlungen);
- Massnahmen und Empfehlungen, welche bearbeitet wurden und Daueraufgaben darstellen (Daueraufgaben);
- Massnahmen und Empfehlungen, welche übergeordnetem Recht widersprechen und deshalb nicht mehr weiter bearbeitet werden;
- Massnahmen, welche aus politischen oder finanziellen Gründen nicht umgesetzt werden sollen.

Von den insgesamt 132 Massnahmen und Empfehlungen sind – wie die Tabelle zeigt – **noch 52 (= 39 %) in Bearbeitung**. Die restlichen 80 (= 61 %) sind entweder umgesetzt oder bereits bearbeitete Daueraufgaben oder widersprechen übergeordnetem Recht oder werden aus politischen oder finanziellen Gründen nicht weiter bearbeitet.

Gegenüber dem Reporting von Ende April 2009 konnte die Bearbeitung von 15 zusätzlichen Massnahmen und Empfehlungen abgeschlossen werden wie z.B. zentrale Krankenkassenstelle, der Einsatz eines Vertrauensarztes oder die

Massnahmen im Bereich Information, Kommunikation, Statistik. Felix Wolfers wird Ihnen dazu weitere Details bekannt geben.

Ich komme zum eingangs erwähnten ersten Punkt „Zugang zur Sozialhilfe“, „Beratung, Betreuung und Förderung“ zurück:

Die Umsetzung des Massnahmenpaketes war und ist wichtig und richtig. Darunter sind Massnahmen, die die Sozialarbeitenden wirkungsvoll entlasten.

Wichtig ist, dass die Stadt Bern ihre soziale Verantwortung weiterhin uneingeschränkt wahrnimmt. Dies ist gerade in der heute wirtschaftlich schwierigen Zeit eine grosse Herausforderung. Wir tragen die Verantwortung und haben die Pflicht, allen Menschen, die ein Recht auf Sozialhilfeleistungen haben, den Zugang zu ermöglichen. Wir haben ihnen die Hilfe und Unterstützung zu geben, die sie brauchen. Es gilt immer und jederzeit, Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler in Würde und mit dem notwendigen Respekt zu begegnen und ihnen die erforderliche Beratung, Betreuung und Förderung zu geben, damit sie – wenn immer möglich – den Weg aus der Sozialhilfe finden.

Hiefür setze ich mich zusammen mit meinen Mitarbeitenden im Sozialdienst und im Sozialamt aus und mit Überzeugung ein.